

Die Frage eigener Atomwaffen

Autor(en): **Uhlmann, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **131 (1965)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-42269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Offizielles Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Adressen der Redaktoren:

Oberst Wilhelm Mark
5000 Aarau, Oberholzstraße 30
Oberstlt. i. Gst. Herbert Wanner
3626 Hünibach bei Thun
Mülinenstraße 34

Die Frage eigener Atomwaffen¹

Von Oberstkorpskommandant E. Uhlmann

Die Frage eigener Atomwaffen ist für unser Land sowohl militärisch wie wirtschaftlich und politisch ein ernstes und sehr gewichtiges Problem. Es steht außer Zweifel, daß einer Beschaffung eigener Atomwaffen berechnete ethische, moralische und medizinische Einwände entgegengehalten werden können. Diese Einwände schaffen aber die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Kernwaffen in riesigen Mengen vorhanden sind und daß mit der Möglichkeit des Einsatzes dieser Waffen in einem zukünftigen Großkrieg gerechnet werden muß. Mit dieser Tatsache müssen wir uns einfach abfinden.

Trotzdem ist die Beschaffung von Atomwaffen gegenwärtig für uns nicht aktuell, weil wir noch auf längere Zeit keine eigenen Kernwaffen herzustellen vermögen und im Ausland wohl auch nicht kaufen können. Die Diskussion über die Atomwaffenbeschaffung deshalb abwürgen zu wollen ist aber undemokratisch. Es liegt im Landesinteresse, daß die Diskussion sachlich fortgesetzt wird.

Die Sachlage ist nämlich klar. Es gilt auch heute noch der Grundsatzentscheid des Bundesrates vom Jahre 1958, der zum Ausdruck brachte, daß wir mit Atomwaffen unsere Landesverteidigung am wirksamsten verstärken könnten. Im Hinblick

auf die gewaltige Steigerung der Feuerkraft mit Atomwaffen kann die militärische Wirksamkeit dieses Kampfmittels nicht bestritten werden. Atommunition würde die Abwehrkraft unserer Geschütze und unserer Raketen um viele Dimensionen steigern. Das endgültige Ja oder Nein zur Beschaffung von Kernwaffen ist jedoch kein militärischer, sondern ein politischer Entscheid. Durch die Ablehnung der zwei Atominitiativen hat das Volk die Verantwortung für diesen Entscheid in die Kompetenz der Bundesversammlung gelegt.

Es bleibt aber nach wie vor Aufgabe der militärisch Verantwortlichen, das Problem der Atomwaffen in seiner ganzen Breite und Tiefe zu überprüfen, um den politisch Verantwortlichen sachliche Unterlagen zu liefern. Der politische Entscheid in dieser ersten und wichtigen Frage wird nur dann im Landesinteresse getroffen werden können, wenn er aus dem rein Gefühlsmäßigen herausgehoben ist und auf Grund sorgfältiger und umfassender Unterlagen aus allen mitbeteiligten Gebieten – auch aus dem militärischen – gefällt wird.

¹ Aus dem anlässlich des Ferienkurses der Staatsbürgerlichen Gesellschaft am 21. Juli 1965 in St. Moritz gehaltenen Vortrag, der in einem Teil der Tagespresse entstellte wiedergegeben worden war.

Ist es nötig, oder wäre es richtig, in der Schweiz einen Zivildienst für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen zu schaffen?

Ein Situationsbericht, eine Beurteilung der Lage und ein Vorschlag zur Lösung eines Problems

Von Oberstbrigadier Hans Meuli, alt Oberfeldarzt

1.

Weil ich davon überzeugt bin, daß man diese Fragen heute in der Öffentlichkeit stellen muß, versuchen soll, sie «sine ira et studio» zu prüfen und wenn möglich auch zu beantworten, habe ich auf Wunsch der Redaktion diesen Artikel geschrieben. Es handelt sich um ein Problem, das nicht leicht zu lösen ist, aber voraussichtlich doch bei gutem Willen aller Beteiligten gelöst werden kann.

In zahlreichen Schriften, in Tageszeitungen, in Monatsblättern und Zeitschriften, in Vorträgen, an Konferenzen, Gesprächen an runden und viereckigen Tischen, an Studientagungen, in

Berufsschulen und Jugendparlamenten usw. ist in den letzten Jahren mit zunehmender Intensität und wachsendem Eifer über die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen (DVG) und über die Einführung eines Zivildienstes in der Schweiz geschrieben und gesprochen worden. Man hat sich auf der einen Seite über Mangel an Verständnis für ernste Gewissensnot und Herzlosigkeit gegenüber Vertretern eines echt christlichen Pazifismus beklagt und auf der andern Seite auch Worte wie Drückeberger, Schwärmer, Psychopath und andere verwendet. Übertreibungen, unrichtige Angaben, Gerüchte, Mißverständnisse und tendenziöse Berichte machten die Luft nicht reiner und eine Verständigung nicht leichter.